

## **Auswertung 13./19. Februar Dresden 2011**

---

Vor zwei Jahren bot Dresden die Kulisse für den mit 7.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern größten Aufmarsch der europäischen Nazi-Szene. Vor einem Jahr schafften es ca. 12.000 Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten, den Aufzug von 6.000 Nazis durch Sitzblockaden zu verhindern und die christdemokratische Oberbürgermeisterin Helma Orosz sah sich gezwungen, eine Menschenkette gegen die Nazis zu initiieren.

Der 19. Februar 2011 war eine weitere - und schwerere - Niederlage für die Nazis. Sie konnten insgesamt nur ca. 2.000 Anhänger mobilisieren, die sich auf drei verschiedene Orte aufgeteilt hatten und dank der Blockaden nicht marschieren konnten. Dieses Jahr standen den Nazis 21.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegenüber. Aus dem gesamten Bundesgebiet gab es eine breite Mobilisierung des Bündnisses ‚Dresden Nazi-frei‘, die die Mobilisierung des Jahres 2010 in der Anzahl der Busse und in ihrer politischen Breite noch übertraf. Das Bündnis reichte von Parteien, wie SPD, Grüne und DIE LINKE, über verschiedenste Kultur- und Jugendverbände sowie Gewerkschaften und viele weitere Organisationen bis hinein in das radikale Antifa-Spektrum. Mit dem Erfolg der Blockaden vom 19. Februar ist der größte Naziaufmarsch Europas vielleicht wirklich Geschichte: Den Nazis gelingt es nicht mehr, ihre Macht und Stärke mit Großaufmärschen nach außen zu demonstrieren. Die Folge ist, dass ein deutlicher Teil der autonomen Nationalisten und Freien Kräfte aufgrund der Erfahrungen aus Dresden vom Konzept der Großkundgebungen abrückt, um durch regionale Kleinaktionen den Blockaden und dem Widerstand zu entgehen. Falls die Nazis nächstes Jahr dennoch wieder marschieren wollen, müssen sie erneut gestoppt werden. Der LINKEN kommt dabei insbesondere als Vermittler zwischen den Bündnispartnern sowie bei der breiten Mobilisierung eine große Bedeutung zu.

### **Antifaschistisches Engagement von Dresdnerinnen und Dresdenern**

Die lang gehegte Annahme, die Dresdnerinnen und Dresdenern seien nicht mobilisierbar, ist widerlegt: Tausende Einwohner der Elbmetropole beteiligten sich an den Blockaden. Wie die anderen Demonstrantinnen und Demonstranten ließen auch sie sich nicht vom teilweise unverhältnismäßigen Vorgehen der Polizei einschüchtern. Über 50 Kirchen und Gemeindehäuser boten den Antifaschistinnen und Antifaschisten mit ihren Mahnwachen eine Anlaufstelle und die Möglichkeit, sich aufzuwärmen. Bereits eine Woche zuvor, am 13. Februar, war der regionale Aufmarsch der sächsischen Nazis allein durch eine regionale Gegenmobilisierung behindert worden, worauf die Naziroute von der Polizei erheblich verkürzt wurde.

## **Widerstände**

Während die schwarz-gelbe Landesregierung Sachsens, die christdemokratisch geführte Stadtverwaltung und insbesondere das Verwaltungsgericht Dresden den Naziaufmarsch sowohl am 13. als auch am 19. Februar hingenommen haben, wurden den Gegendemonstranten sämtliche Kundgebungen in Hör- und Sichtweite der genehmigten rechtsradikalen Aufzüge verboten.

An der vom Rektor der Technischen Universität Dresden und allen demokratischen Stadtratsfraktionen initiierten Menschenkette der Stadt Dresden am 13. Februar beteiligten sich mehr als 15.000 Menschen. Sie setzten auf diese Weise ein Zeichen gegen Nazis, die Menschenkette endete jedoch mehrere Stunden vor dem Aufmarsch der Nazis. Der Bundesinnenminister Thomas De Maizière (CDU) erklärte auf der Menschenkette gegenüber der Presse: Bürger sollten genehmigte Demonstrationen nicht blockieren.

In diesem Sinne bekämpfte die Stadt Dresden die Aktivitäten des Bündnisses Dresden-Nazifrei, was einen breiten Protest auslöste. So verbot sie am 13. Februar den antifaschistischen Mahngang des Bündnisses "Täterspuren", der an die Ursachen von Krieg und Faschismus erinnern sollte, und die Kundgebung in Hör- und Sichtweite der Nazis. Beide Verbote riefen einen öffentlichen Proteststurm aus.

Erst aufgrund des massiven öffentlichen Drucks und der enormen Präsenz entschlossener Antifaschistinnen und Antifaschisten auf der Straße verkürzte die Polizeiführung am 13. Februar den Marsch der Nazis um die Hälfte der Strecke und untersagte die Stadt Dresden den Nazis den Aufzug am 19. Februar und beschränkte die Anmeldungen auf eine stationäre Kundgebung. Dabei unterlag sie allerdings vor dem Verwaltungsgericht.

Insbesondere in den sächsischen Medien wurde vor dem 19.2. verbreitet, dass unter den Gegendemonstrantinnen und Demonstranten "auch 3000 teils gewaltbereite Linksextreme" erwartet werden. So versuchten einige Medien die Mobilisierung zu erschweren und einen harten Polizeieinsatz zu legitimieren. Mit der gleichen Argumentation rechtfertigte auch das Gericht das Trennungsgebot.

## **Polizeieinsätze**

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Dresden sah das Gebot der Trennung von Nazis und Gegendemonstranten durch die Elbe vor. Am 19.02. genehmigte das Gericht drei Naziaufmärsche auf der Altstädter Seite, südlich der Bahnstrecke. Gleichzeitig verbannte es alle Anti-Nazi-Aktivitäten auf die andere Seite der Elbe in die Dresdner Neustadt. Nicht einmal eine Mahnwache des DGB am Gewerkschaftshaus in der Altstadt wurde genehmigt.

Das Verwaltungsgericht brachte mit seiner Entscheidung die Polizei politisch in eine höchst problematische, eskalative Situation. Der Auftrag war, die Demonstrationen der Nazis durchzusetzen. Damit waren die Polizeikräfte aufgrund der zahlreichen antifa-

schistischen Demonstrantinnen und Demonstranten überfordert und griffen deshalb teilweise zu massiver Gewaltanwendung.

Die sächsischen DGB-Vorsitzenden schreiben in einem Protestbrief an die demokratischen Parteien des sächsischen Landtags: "Viele Polizisten, die ihren Dienst tun, fragen sich ebenfalls nach dem "Warum" ihres Einsatzes am 19.02., der doch dazu dienen sollte, den Nazis aus ganz Europa einen Aufmarsch zu ermöglichen, den eigentlich niemand in Dresden will. Das Handeln von Behörden und Justiz ist den eigenen Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln."

Die Polizei ging scharf gegen anreisende Blockiererinnen und Blockierer vor und hielt mehrere Buskonvois des Bündnisses schon auf den Autobahnabfahrten an. Tausende Blockierer mussten mehrere Kilometer in die Stadt laufen. Die Polizei kontrollierte alle Elbbrücken und wollte die Dresdner davon abhalten, sich den Blockaden anzuschließen. Schon am frühen Morgen ging die Polizei ohne Vorwarnung mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Pfefferspray gegen Blockierer vor und kesselte Demonstrantinnen und Demonstranten ein. Abgeordnete und Anwältinnen und Anwälte, die sich als Vermittler anboten, verweigerte man lange Zeit ein Gespräch. Dieses Vorgehen zog sich durch den ganzen Tag und schuf eine Angst- und Drohkulisse, die in einer beiderseits gereizten Atmosphäre resultierte.

Das Bündnis ‚Dresden-Nazifrei‘ blieb durchweg seinem Aktionskonsens treu, der besagt, dass von den Blockaden keine Eskalation ausgeht. Für Vandalismus fernab von den Blockaden kann deshalb nicht das Bündnis verantwortlich gemacht werden. DIE LINKE stellt sich gegen den Versuch einiger Medien, eine Spaltung zwischen „guten“ und „bösen“ Demonstranten herbeizuführen.

Im letzten Jahr hatte die von tausenden Dresdnern besuchte Menschenkette die Altstadt nazifrei gehalten, weshalb die 12.000 Blockierer den Naziaufmarsch in der viel kleineren Neustadt relativ leicht verhindern konnten. Angesichts der Anzahl der Blockiererinnen und Blockierer und der politischen Breite, die sie repräsentierten, hielt der Polizeipräsident ein Durchsetzen des Naziaufmarsches für „unverhältnismäßig“. Auf eine Räumung der Blockaden wurde verzichtet; es blieb friedlich. Ein ebenso besonnenes Vorgehen der Polizeiführung hätte auch in diesem Jahr die Zahl der verletzten Demonstrantinnen und Demonstranten, aber auch die der Polizistinnen und Polizisten erheblich reduzieren können.

### **Breite und Entschlossenheit zahlten sich aus**

Der Naziaufmarsch konnte nur wegen der couragierten Beteiligung von über 21.000 Menschen erfolgreich blockiert werden. Sobald die Polizei eine Blockade räumte, entstand an anderer Stelle wieder eine neue. Polizeiketten wurden trotz Schlägen und Pfefferspray-Attacken durchflossen. Selbst die Ausweichstrecken, auf die die Polizeiführung die Nazis schicken wollte, wurden spontan blockiert. Schließlich begaben

sich trotz erheblicher Behinderungen 2.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten zum alternativen Kundgebungsort der Nazis an den Bahnhof Plauen. Sogar in Leipzig, wohin einige Nazis ausweichen wollten, musste die Polizei den Nazis den Aufmarsch verwehren, weil der Bahnhof blockiert wurde. Die Strategie der Polizei wurde durch unsere massenhafte Entschlossenheit unterlaufen. Unsere breite Mobilisierung und unsere prominente Unterstützung haben uns in die Lage versetzt, das leisten zu können.

### **Unser Preis war höher als letztes Jahr**

Unsere Seite hatte einen deutlich höheren Preis zu zahlen als letztes Jahr: Viele Blockiererinnen und Blockierer wurden von der Polizei verletzt oder festgenommen. Nazis konnten unter den Augen von Polizeikräften ungehindert ein linkes Wohnprojekt angreifen - ein weiteres Indiz dafür, welche Taktik die Polizei verfolgte: rechts wegschauen, links weghauen. Aus Rache für die erfolgreichen Blockaden stürmten Beamte des Landeskriminalamtes Sachsen am Abend das Haus der Begegnung, in dem sich das Pressezentrum des Bündnisses ‚Dresden-Nazifrei‘ befand. Ohne schriftlichen Befehl durchsuchten sie u.a. auch die Räumlichkeiten des Jugendvereins ‚Roter Baum e.V.‘, das Büro der LINKEN Dresden, eine Privatwohnung sowie eine Anwaltskanzlei, beschlagnahmten Computer und Handys, nahmen Anwesende unter Schikanen fest und richteten erheblichen Sachschaden an, indem sie etwa offene Türen eintraten oder diese mit einer Kettensäge öffneten.

Der brutale Polizei-Einsatz diente der Einschüchterung, Erniedrigung und Kriminalisierung des breiten antifaschistischen Bündnisses. Er zeigt, dass die sächsische CDU-Regierung selbstbewusste Aktionen zivilen Ungehorsams der Bevölkerung mehr fürchtet als einen Aufmarsch der Nazis.

Viele Menschen aus Dresden und auch der ganzen Bundesrepublik zeigten sich solidarisch mit dem Bündnis Dresden-Nazifrei und dem Haus der Begegnung gegen die Repression. Auch dies ist ein Erfolg der breiten Mobilisierung im Vorfeld. Viele Genossinnen und Genossen der LINKEN aus unterschiedlichen Bundesländern spendeten für die Genossinnen und Genossen aus Dresden.

### **LINKE Mobilisierung kann sich sehen lassen**

DIE LINKE hat in diesem Jahr noch besser mobilisiert als 2010 - und das trotz des Hamburger Wahlkampfes. So hat z.B. Die LINKE. Brandenburg mit Bündnispartnern zehn Busse, das Bündnis in Berlin ca. 36 Busse nach Dresden geschickt, woran sich DIE LINKE beteiligt hat. Viele Landesverbände aus Ost und West haben sich mit Begeisterung in die Mobilisierung gestürzt. Die extra gegründete gemeinsame Projektgruppe von DIE LINKE, Linksjugend [solid] und Die Linke. SDS hat ein koordiniertes Herantreten an die Orts- und Kreisverbände ermöglicht, die Organisation von Produktion und Verteilung von Mobilisierungsmaterial unterstützt und die inhaltliche wie praktische Vorbereitung

geleistet. Das fantastische Engagement zahlreicher Mitglieder hat die antifaschistische Kontur der Partei noch stärker in die öffentliche Aufmerksamkeit gerückt und sie erneut als verlässlichen Bündnispartner ausgewiesen.

DIE LINKE war dieses Jahr vor Ort durch Fahnen und Transparente sowie engagierte Abgeordnete viel intensiver wahrnehmbar als 2010. Sehr viele Bundes- und Landtagsabgeordnete der LINKEN sind in den Bussen mitgefahren. Vor Ort konnten sie - wenn auch nur begrenzt - helfen, deeskalierend auf Polizeieinheiten einzuwirken. Der Parteivorsitzende Klaus Ernst sprach vor Ort auf der Bühne des Bündnisses. Die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau spielte eine herausragende Rolle in der medialen Darstellung, indem sie sowohl die kirchlichen Mahnwachen als auch die Blockaden in der Dresdener Süd-Vorstadt unterstützte. Das LINKE-Material kam - wo es verteilt werden konnte - sehr gut an. So trug jede zweite Demonstrantin und jeder zweite Demonstrant nördlich der Bahnlinie den Aufkleber der LINKEN „Naziaufmärsche stoppen“. Auch die Sitzkissen wurden auf den Blockadepunkten begeistert genutzt. Einige LINKE-Gliederungen hatten die Broschüre „Linke Argumente gegen rechte Hetze. Thilo Sarrazins Rassismus und die Krise“ dabei und verteilten sie erfolgreich an ihren Blockadepunkten. Die Aktionskarte der Linksjugend [´solid] kam aufgrund ihrer hohen Qualität sehr gut bei den Aktivistinnen und Aktivisten an. Die Bundestagsfraktion war mit ihrem Info-Bus präsent. Auch die Klar-Zeitung gegen Hartz IV stieß auf positive Resonanz. Für DIE LINKE waren die Aktionen in Dresden insgesamt ein großer Erfolg, weil sie die Partei geeint und positiv nach außen repräsentiert haben.

### **Den Erfolg von Dresden weitertragen**

Den fulminanten Erfolg von Dresden müssen wir weitertragen, um auch anderen Städten und Orten zu zeigen, dass die Nazis keine Naturerscheinung sind, sondern aufgehalten werden können. Eines ihrer zentralen Aufbaukonzepte ist die öffentliche Machtdemonstration, mit der sie ihren Anspruch auf die Straße geltend machen wollen. Unser Sieg in Dresden hat die Faschisten um Jahre zurückgeworfen und europaweit demoralisiert. Wir durften erfahren, dass ein breites, antifaschistisches Bündnis die kritische Zahl an Menschen auf die Straße mobilisieren kann, die in der Lage sind, die Nazis zwei Mal hintereinander zu stoppen. Der Methode des zivilen Ungehorsams und der friedlichen Massenblockaden kam dabei die Schlüsselrolle zu. Deshalb setzen wir uns dafür ein, auch an anderen Orten antifaschistische Bündnisse nach Dresdner Vorbild aufzubauen.

Nichtsdestotrotz hatten die Nazis erschreckende Wahlerfolge zu verzeichnen. Bei jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren erreichte die NPD in den sächsischen Landtagswahlen von 2009 einen Stimmanteil von 13,5 Prozent bei Männern und 6,6 Prozent bei Frauen. Möglicherweise nimmt dieser Stimmanteil auch wieder ab, da die Faschisten sich auf den Straßen Dresdens nicht als Macht inszenieren konnten. Dennoch zeigen sie auf, dass der soziale Raubbau der Regierung schnell in nationalistische und rassistische Kanäle gelenkt werden kann, wenn die Gegenwehr gegen Kürzungen aus-

bleibt. Hier liegt die große Verantwortung der LINKEN, den Nazis auch weiterhin das Wasser abzugraben.

Auch wenn der sozialen Frage eine zentrale Rolle zukommt, muss die LINKE auch auf anderen Gebieten systematische Alternativen aufzeigen; dem Geschichtsrevisionismus der Nazis, aber auch so mancher Konservativen müssen wir die klare Botschaft entgegenhalten: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Christine Buchholz, Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand

Katharina Dahme, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE.Brandenburg

Steffi Graf, Mitglied im Parteivorstand

Nicole Gohlke, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE.Bayern

Dr. Hans Erxleben, Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus DIE LINKE.Berlin

Katharina König, Mitglied des thüringischen Landtag

Hans-Jürgen Muskulus, Vorsitzender DIE LINKE.Dresden

Paula Rauch, Die Linke.SDS

Azad Tarhan, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE.Nordrhein-Westfalen

Jens Thöricht, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE.Sachsen

Heide Scheuch-Paschkewitz, Landesvorsitzende DIE LINKE.Hessen

Katharina Volk, Mitglied im BundessprecherInnenrat Linksjugend [‘solid]